



Wohnungsbau weiter unter Druck

Baugewerbliche Verbände fordern Gegenmaßnahmen – Wahlcheck 2025

Die aktuell vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zeigen erneut die Tiefe der Baukrise und ihre Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft. Das Bruttoinlandsprodukt ging nach einem Rückgang um 0,3 Prozent im Jahr 2023 um 0,2 Prozent im Jahr 2024 zurück.

Deutschlandweit gingen die Baugenehmigungen laut Statistischem Bundesamt von Januar bis November 2024 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erneut zurück (-18,9 %), in Schleswig-Holstein waren es laut Statistikamt Nord minus 11,5 Prozent.

Die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe ging demnach im fünften Jahr in Folge zurück, wobei sie 2024 mit einem überproportionalen Rückgang um 3,8 Prozent nun real 18 Prozent unter dem Niveau von 2020 liegt. Damit konnte das Baugewerbe im Gegensatz zu früher die volkswirtschaftliche Entwicklung nicht stützen.

Insbesondere im Wohnungsbau kommt es seit nunmehr drei Jahren zu erheblichen Auftragsrückgängen. Das gilt deutschlandweit und auch in Schleswig-Holstein. Hier sind zuletzt die Umsätze binnen Jahresfrist preisbereinigt um 16 Prozent eingebrochen, das geht aus den Zahlen für die ersten drei Quartale 2024 des Statistikamtes Nord hervor.

„Diese degressive Entwicklung muss gestoppt werden. Unsere baugewerblichen Verbände in Schleswig-Holstein haben klare Vorstellungen zur Bewältigung der Baukrise und wir fordern, dass sich alle Parteien mit Blick auch auf die neue Bundesregierung für realistische und wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen einsetzen, nachdem in den vergangenen Jahren die Bundesregierung mit etlichen Maßnahmen das gerade Gegenteil getan hat. Sie hat Fehler nicht korrigiert, ist auf der Etappe stehen geblieben und hat für hohe Verunsicherung am Baumarkt gesorgt“, sagt Max Uwe Johannsen, Vorstandsvorsitzender vom Baugewerbeverband Schleswig-Holstein.

Er verweist für die Bauwirtschaft auf den Forderungskatalog „Wahlcheck 2025“ des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe zur Bundestagswahl und plädiert für die Umsetzung der ja grundsätzlich vorhandenen Erkenntnisse und Lösungsansätze. „Wir sind auf Landesebene mit der Politik im Gespräch und dringen auf Unterstützung für gezielte Maßnahmen in Richtung Berlin“, so Johannsen.

Forderungen für den Wohnungsbau:

- Schaffung von Wohnraum prioritär behandeln
- Soziale Wohnraumförderung fortsetzen
- Investitionsanreize setzen
- Gezielte Förderprogramme einsetzen
- Grunderwerbsteuer senken/freistellen
- Degressive und Sonder-AfA anheben und beibehalten

PRESSEMITTEILUNG vom 21.01.2025



**Die Bauwirtschaft
im Norden**

- Keine Verschärfung des Neubaustandards
- Keine überambitionierten Standards im Gebäudebestand
- Normungen im Baubereich weiter entkernen
- Effiziente Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung und Kostensenkung
- Bürokratieabbau und digitale Baugenehmigungen beschleunigen

Weitere Informationen auch zu Forderungen und zu anderen Baubereichen im Wahlcheck 2025:
www.bau-sh.de

Für das laufende Jahr rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW mit einem real sinkenden Bauvolumen. 2026 rechnet es mit einer Trendwende, bei einem realen Zuwachs von zwei Prozent. Allerdings müssen hierfür die Weichen gestellt werden. Denn: Was heute nicht genehmigt wird, wird morgen nicht gebaut.